



## Letzter Ausweg *bad bank*?

von Klaus F. Zimmermann \*

Im *Wirtschaftsdienst* hatte ich bereits im November geschrieben: „Die angemessene Reaktion auf die Finanzkrise ist eine international koordinierte Flutung der Geldversorgung, niedrige Zinsen, die Garantie der Interbankenkredite und der Spareinlagen, die Ablösung unfähiger

Manager und die Bereitstellung von öffentlichem Eigenkapital durch temporäre Teilverstaatlichung (britisches Modell) oder durch die Herauslösung der Risikoaktiva in eine „*bad bank*“ (schwedisches Modell). Es ist kontraproduktiv, die Banken dabei zum Kotau zu zwingen, wie dies das deutsche Rettungspaket vorsieht, da dies wegen der Stigma-Effekte die Erfolgchancen der Gesundung schmälert. Hilfe wird so erst im letzten Augenblick angenommen. Entscheidend ist, dass die Hilfsaktion schlussendlich marktmäßig vom Verursacher finanziert wird.“ (2008/12, S.19)

Jetzt zeigt sich in aller Schärfe: Das deutsche Bankenrettungspaket war von Anfang an zu inkonsequent geschnürt. Wochen, ja Monate vergingen, ohne dass der nötige Neuaufbau der internationalen Finanzmarktarchitektur Gestalt annahm. Die Defizite der Landesbanken sind seit der Finanzkrise überwältigend transparent, ohne dass ein signifikanter Wille zu ihrer Abschaffung sichtbar wurde.

Stattdessen fallen die Dominosteine nach und nach so, dass die Politik zur Verstaatlichung großer Teile des Bankensektors und Einrichtung diverser *bad banks* gezwungen sein wird. Seit Beginn der Bankenrettung können sich die meisten Regierungen, die amerikanische und die deutsche vorneweg, nicht klar mit einem oder beiden dieser Instrumente anfreunden. Die positiven Erfahrungen in den skandinavischen Ländern sind tatsächlich begrenzt nützlich, da dort die Krisen national aufkamen, während wir uns heute mit einer weltweiten Vernetzung schlechter Risiken herumschlagen.

Bei einer Staatsbeteiligung erhalten die Banken frisches Kapital und der Staat direkten Einfluss. Die *bad bank* ermöglicht die Auslagerung fauler Wertpapiere aus den Bankbilanzen in eine eigenständige Verwertungseinheit. Die Banken könnten so weitere Abschreibungen verhindern und unbelasteter wirtschaften. Sie müssten aber endlich eigenständige Lösungen vorlegen. Falls der Staat für Papiere einstehen sollte, so muss er dies mit Ausgleichsforderungen verbinden, um Wertverluste langfristig wieder zurückzuholen.

Mit der Stützung der Deutschen Bank durch die Deutsche Post, der Beteiligung an der Commerzbank und ihrer Fusion mit der Dresdner Bank und der sich andeutenden Verstaatlichung der Hypo Real Estate ist der Staat bereits jetzt mittendrin und wahrscheinlich erst am Anfang einer langjährigen Beteiligung am Bankensektor. *Bad banks* werden schon bald im Interesse des neuen Eigentümers sein. Es wäre deshalb besser, diese Schritte rasch zu tun, als weiter unnötig Zeit zu verlieren.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Dr. Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.